

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Und diese „Gleichheit“ hat zuerst als Guillotine unter dem Henker Sanson gleichmacherisch gearbeitet, und nachher durch eine ungeheure Auflösung, der jeder qualitative Unterschied zum Opfer fiel, allen durch ihre Ungleichheit organischen und lebensstarken Körperschaften die Sehnen durchgeschnitten, daß sie zerfielen, bis schließlich die Völker nur noch eine Masse zusammenhangloser Quantitäten waren, ohne jede innere Bindung und Verbindung.

Dies ist der große Prozeß der Säkularisation aller Autorität, der Aufhebung aller Bindungen, der von den Katholiken sehr frühzeitig erkannt wurde. (Vergl. A. Schmitt.) Überall standen bei ihm die Juden oder ihre Helfershelfer in der Führung. Sie waren hier Führer, aber die menschliche Gesellschaft wurde kopflos: So wurden sie Kopf! Der Sieg über das Christentum, das seinen corpus mysticum auch nur bei Kraft und Gesundheit der natürlichen Körper und bewußter Bewahrung des Körperschaftsgefühls verwirklichen kann, schien mit einer vollständigen Auflösung der christlichen Güter vollendet, bei dem die Juden „zur höchsten Spitze der Macht“ gelangten.

So kommt Blüher aus der Metaphysik her zu dem genau gleichen Ergebnis wie der einfache Instinkt des Volkes: Der Jude will die Weltmachtgeltung. Er erreichte sie durch die zähe Ausnutzung des Egoismus in einer fein konstruierten, künstlichen Schöpfung: dem Kapitalismus, der ein Ding nicht mehr nach seinem Eigenwert mißt, sondern nach dem Geldwert und durch die Säkularisation (die Auflösung in Einzelbestandteile) der bodenständigen Einrichtungen.

Als Feind des Christentums.

(Schluß folgt.)

Politische Rundschau

Zur politischen Lage.

Ferment Deutschland. / Die Hand Mussolini's. / Russland erscheint. / Die Lage der Schweiz.

„Jede Revolution, die aus ursprünglichen Kräften stammt, wirkt über die Staatsgrenzen hinaus. Sie verändert die außenpolitischen Machtverhältnisse, indem sie die staatliche Kraft des revolutionären Volkes stärkt oder schwächt; sie bewirkt neue Freund-Feind-Gruppierungen oder läßt sie als Möglichkeiten austauuchen. Eine neu aufsteigende Macht wird zunächst alle am bestehenden Zustande interessierten Staaten mit Misstrauen, Argwohn und Abneigung erfüllen; bedrückte Völker wenden ihrem Aufstiege Teilnahme und Hoffnung zu; manche Regierungen versuchen,

durch frühzeitige Anerkennung und Förderung die Entwicklung zu ihren Gunsten zu beeinflussen, andere glauben, durch Widerstand und Bedrohung sie hemmen zu können.“

In diese Worte, die A. G. Günther kürzlich im „Deutschen Volkstum“ schrieb, läßt sich die außenpolitische Wirkung der deutschen Revolution zusammenfassen. Wir haben schon bei früherer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die Umwälzung in Deutschland als ein politisches Ereignis von größter Bedeutung gewertet werden müsse. Es handelte sich bei ihr nicht nur um die Ersetzung einer Regierung durch eine andere, ja nicht einmal nur um den Wechsel der Staatsform, sondern um den tiefinnerlichen Umwandlungsprozeß eines Volkes, um eine Erhebung, die nur mit einem elementaren Naturereignis verglichen werden kann. Diese Erhebung, die nicht erst vor acht Monaten, sondern schon vor Jahren begann, aber im März 1933 wie ein reißender Strom zum Durchbruch kam, spielt sich auch heute noch mit unverminderter Macht vor dem Auge des staunenden Beschauers ab. Sie löste im Innern des deutschen Volkes gewaltige Energien aus, die ihrerseits, ohne direkt auf das Ausland gerichtet zu sein, die übrigen Länder Europas tiefgreifend beeinflußten. Es sei hier nicht von der Wirkung des deutschen Nationalsozialismus auf die innerpolitischen Verhältnisse der verschiedenen Staaten die Rede, wie sie im Auftrieb der faschistischen Strömungen überall ihren Ausdruck findet, sondern von der internationalen Wirkung im eigentlichen Sinne des Wortes. Die Tatsache, daß das große und aus Europa nicht wegzudenkende deutsche Volk sich in einer gewaltigen Kraftanstrengung zu einem neuen Staate zusammenschloß und alle Anzeichen aufs höchste gesteigerter Aktivität aufweist, mußte alarmierend auf alle jene wirken, die immer noch dem Wahne frönten, daß Deutschland dauernd darnieder gehalten werden könne. Man mag den deutschen Aufbruch vom Standpunkt einer „ruhigen“ Entwicklung der europäischen Verhältnisse aus bedauern oder ihn unter irgendwelchen Gesichtspunkten „verurteilen“. Doch sei dem wie ihm wolle: er ist eine Tatsache und muß als solche hingenommen werden. Zweifellos erfährt das europäische Problem durch ihn keine Vereinfachung; aber darum kümmert sich die Weltgeschichte nicht, weshalb es vollkommen zwecklos ist, theoretisierende Mutmaßungen darüber anzustellen, welchen Gang die Dinge genommen hätten, wenn der deutsche Umschwung nicht erfolgt wäre usw.

Das Eine steht fest: die inneren Verhältnisse Deutschlands haben in den letzten Monaten eine derartige Festigung erfahren, daß mit dem nationalsozialistischen deutschen Staat als einer bleibenden Erscheinung gerechnet werden muß. Europa, d. h. das System von Versailles, fühlt unmittelbar, daß hier etwas mit ursprünglicher Kraft entstanden ist, das die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes früher oder später in Frage stellen wird. Es ist natürlich, daß die deutsche Erhebung Fernwirkungen aufweist, an die vor Eintritt des Ereignisses noch kein Mensch gedacht hätte. Auf dem internationalen Boden ist denn auch gegenwärtig alles in Bewegung, und zwar in einem Maße, daß die verwirrende Fülle der Erscheinungen es beinahe unmöglich macht, auch nur einigermaßen klar zu sehen.

* * *

Es war vorauszusehen, daß Österreich, welches volklich gesehen am nächsten bei Deutschland liegt, von der deutschen Umwälzung am unmittelbarsten betroffen würde. Je stärkere Energien das deutsche Kraftzentrum ausstrahlte, umso heftigere Wirbelstürme traten im österreichischen Felde auf. Fortwährend ist die innere Machtgruppierung in Österreich in Umbildung begriffen. Der einzige Mann, der sich bis heute im Strudel obenauf halten konnte, ist Dollfuß. Er dürfte jedoch seine Stellung kaum der eigenen Kraft verdanken. Wenn nicht sein Rücken durch den — zum mindesten moralischen — Beistand der Westmächte und insbesondere

Mussolini's gestärkt würde, wäre seine Stellung, die sich nicht mehr auf die Mehrheit des Volkes stützt, schon längst erschüttert.

Dollfuß weiß das Interesse, das einzelne Mächte an einem selbständigen Österreich haben, zweifellos geschickt auszunützen. Seine Innenpolitik ist der Außenpolitik vollständig untergeordnet, was namentlich beim neuesten Kurswechsel schlagend in Erscheinung trat. Wurde ehemals die demokratische, „freiheitliche“ Staatsform Österreichs im Gegensatz zu Deutschland besonders betont, um Stimming gegen den Anschluß zu machen, so gewann im Verlauf der letzten Monate die faschistische Idee eindeutig die Oberhand. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Wendung auf eine Intervention Mussolinis zurückzuführen ist. Tatsache bleibt, daß sie kurze Zeit nach den Besprechungen Dollfuß' mit Mussolini in Riccione und unmittelbar nach dem Besuch des Heimwehrführers Starhemberg in Rom eintrat. Es wurde das Wort vom „Auf rofachismus“ geprägt und Dollfuß mehr oder weniger offen zum Diktator erklärt. Allerdings wird betont, daß es sich in Österreich nicht um die Errichtung eines faschistischen Staates nach italienischem Muster handle, sondern um den Aufbau eines Ständestaates, der im Wesentlichen auf den Lehren der Enzyklika „Quadrageimo anno“ fuße. Allein das sind Nuancen. Wesentlich ist, daß Österreich fortan autoritär regiert wird und daß somit ein weiterer europäischer Staat sich von der parlamentarischen Demokratie abwendet hat.

Außenpolitisch gesehen, bedeutet der Übergang Österreichs zum Faschismus einen Sieg Italiens über Frankreich. Diese beiden Mächte haben ein Interesse daran, daß der Anschluß Österreichs an Deutschland nicht zustande kommt. Allein unter sich rivalisieren sie um den stärkeren Einfluß. Wenn nicht alle Zeichen trügen, gelangt Österreich mehr und mehr in den italienischen Machtbereich. Ideologisch ist das bereits in weitgehendem Maße geschehen, wirtschaftlich dürfte es in Zukunft mehr und mehr der Fall sein. Letzten Endes sind die Vorgänge in Österreich ein Ausdruck der überragenden diplomatischen Kunst Mussolinis.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Gestalt Mussolinis in den vergangenen Monaten gewaltig gewachsen ist. Vom Condottiere der Nachkriegszeit hat er sich zum eigentlichen „arbiter Europae“ im Jahre 1933 entwickelt. Zum ersten Mal kam diese Stellung bei der Schaffung des Biermächtepaktes deutlich zum Ausdruck. Heute ist sie schon beinahe allseitig anerkannt. Sie zeigt sich insbesondere bei der Gestaltung des Donauraumes, wo die enge Zusammenarbeit zwischen Ungarn und Italien von entscheidender Bedeutung ist. Und sie wird in vielleicht nicht allzu ferner Zeit noch viel deutlicher zu Tage treten, wenn die wachsende Spannung zwischen Deutschland und Frankreich Europa vor die Gefahr eines neuen Krieges stellt.

* * *

Es war zu erwarten, daß die deutsche Erhebung unmittelbare Rückwirkungen auf Frankreich haben würde. Sie sind denn auch prompt eingetroffen und ziehen bereits heute weite Kreise. Frankreich ist von einer Angst psychosogen gegenüber Deutschland besessen. Es sieht den Krieg schon für morgen und übermorgen voraus. Und es läßt daher kein Mittel unversucht, um Deutschland zu isolieren und sich selbst Bundesgenossen zu schaffen. Eines seiner Hauptziele ist die Verhinderung des Anschlusses von Österreich an Deutschland. Es ist vorläufig erreicht, aber nicht wesentlich von Frankreich, sondern vom Mitinteressenten Italien. Diesem bringt Frankreich jedoch größte Vorsicht entgegen, da Italien im Grunde genommen sein Rivale und Feind ist. England ist zufolge seiner inneren Schwierigkeiten außenpolitisch mehr oder weniger matt gesetzt. Wo sich also hinwenden?

Es geschieht das Unglaubliche, daß Frankreich, die Höhepunkt in der westeuropäischen Zivilisationsidee, sich dem bolsche-

wi st i s ch e n Rußland annähert. Man glaubt in die Zeiten vor 1914 zurückversezt zu sein, wenn man hört, daß der ehemalige und zukünftige Ministerpräsident von Frankreich, Edouard Herriot, nach Rußland fährt und dort wie der Monarch eines verbündeten Staates empfangen und gefeiert wird. Daß es sich nicht nur um eine private Informationsreise handelte, wie die offizielle Version lautete, sondern um eine hochpolitische Mission, wurde angesichts der Art des Empanges ohne weiteres offenbar. Es wurde aber noch viel offenkundiger, daß von beiden Ländern eine intensive Zusammenarbeit erstrebzt wird, als kurze Zeit nach Herriot sich der französische Luftfahrtminister Pierre Cot mit einem Stab von Sachverständigen zu einer Inspektion der russischen Luftrüstungen nach Moskau begab. Heute können keine Zweifel mehr darüber bestehen, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Rußland, die nur gegen Deutschland gerichtet sein kann, auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet unmittelbar bevorsteht, wenn nicht gar schon Tatsache geworden ist. Für die gesamteuropäische Lage ist dies das bedeutsamste politische Ereignis des Jahres 1933, welches alle andern in den Schatten stellt und welches fortan die europäische Politik entscheidend beeinflussen wird.

Rußland war zu einer Verbindung mit Frankreich bereit, weil es zur Überwindung seiner inneren Schwierigkeiten Ruhe braucht und weil ihm namentlich der drohenden japanischen Gefahr im fernen Osten wegen viel daran gelegen ist, seine „Achillesferse“ im europäischen Westen zu schützen. In dieser Richtung wiesen bereits die schon früher zustande gekommene Verständigung mit Polen sowie der Abschluß der Nichtangriffspakte mit allen übrigen westlichen Randstaaten. Es ist klar, daß darüber hinaus die Annäherung an Frankreich für Rußland etwas ungeheuer Verlockendes haben mußte.

Hat Frankreich mit seiner Annäherung an das bolschewistische Rußland, die geschah, um Deutschland zu bändigen, Europa verraten? Lord Beaverbrook äußerte sich kürzlich im „Daily Express“ dazu folgendermaßen: „Einen neuen Zug in dem düsteren Schachspiel, dem Europa sich nunmehr hingibt, hat soeben Frankreich gemacht. Nun werden alsbald der zweite und dritte Zug folgen. Der erste Zug bestand im Abschluß des franco-russischen Nichtangriffspaktes, der zweite wird in einem Handelsvertrag bestehen... Der dritte Zug wird der schwerwiegendste sein, denn es geht um den Abschluß einer Militärkonvention, wie sie im Jahre 1914 bestand“. Der Umschwung in Frankreich sei ungeheuer, so meint das englische Blatt. Trotz allem aber handelten beide Teile völlig unaufrechtig, da keiner das Übereinkommen länger zu halten beabsichtigte, als die Bedrohung von Seiten Deutschlands vorhielte. Wie dem auch sei: Wir erblicken in der Tatsache, daß Frankreich zum Zwecke der dauernden Darniederhaltung Deutschlands das bolschewistische Rußland vor seinen Wagen zu spannen versucht, eine tragische Verkennung der gesamteuropäischen Situation, deren Auswirkungen sich hoffentlich nicht so düster gestalten werden, wie wir sie heute mit geheimem Grauen voraussehen.“

* * *

Die Lage der Schweiz ist bei der politischen Kräfteverschiebung, wie sie in Europa im Gange ist, besonders heikel. Die traditionelle Neutralitätspolitik wird über kurz oder lang auf eine harte Probe gestellt werden. Bereits heute sind starke Kräfte am Werk, die kein anderes Ziel als die Einreihung der Schweiz in einer künftigen Front gegen Deutschland im Auge haben. Bemerkenswert bei ihrem Vorgehen ist die beinahe unmerkliche Verquellung von Außen- und Innenpolitik, die systematisch betrieben wird, den breiten Massen der Bevölkerung aber nicht zum Bewußtsein kommt. Weite Kreise — und darunter gewiß manche vaterländisch gesinnten Bürger — glauben, auf dem innerpolitischen Felde für „Freiheit“ und „Demokratie“ und wie die Schlagworte alle heißen, zu kämpfen, während sie,

freilich meist ohne es zu wissen, nichts anderes als außenpolitisch die Sache Frankreichs besorgen. Hier ist die höchste Wachsamkeit und fortwährende gestrenge Selbstprüfung am Platze.

Die systematisch gegen Deutschland aufgeputzte Stimmung in der Schweiz ist nun allerdings auf die beruhigenden Verlautbarungen offizieller deutscher Stellen hin einer etwas objektiveren Beurteilung der Lage gewichen. Auch die geschickten Erklärungen, welche der deutsche Gesandte beim Völkerbund über die Minderheitenfrage abgab, trugen das ihrige zur Beruhigung der Gemüter bei. Allein es hieße Vogel-Strauß-Politik treiben, wollte man nicht die Möglichkeit künftiger schwerer Entscheidungen für die Schweiz offen in Berechnung ziehen. Die Schweiz steht nicht auf einem Isolierschemel. Sie ist in das Schicksal Gesamteuropas hineinverwoben. Möge eine weit sich tige Außenpolitik sie in engeren Kontakt mit derjenigen Macht bringen, deren Schiedsrichterrolle im Ringen der beiden Schicksalsmächte Europas um die Hegemonie sich heute schon deutlich am Horizonte abzeichnet!

Schaffhausen, den 11. Okt. 1933.

Rolf Henne.

Gedanken zum schweizerischen Milizsystem.

Die nachfolgenden Betrachtungen wurden im Zusammenhang mit der Niederschrift meiner Broschüre „Gefechtsgewandte Führung der Artillerie“ (Verlag Schönenberger & Gall, Winterthur) in diesem Spätsommer ausgearbeitet und erscheinen als abgetrennter Bestandteil, um einerseits die fachwissenschaftliche Auseinandersetzung über Truppenführung nicht politisch-polemisch zu belasten und andererseits das berührte Grundproblem in allgemeinstter Form zur Diskussion zu stellen. Selbstverständlich besteht neben der Gleichzeitigkeit der beiden Veröffentlichungen auch ein innerer Zusammenhang, der nicht unterschätzt werden darf, bedingt doch die Struktur unseres Staatswesens in entscheidendem Maße die Organisation unserer Armee.

* * *

In der Milizarmee besteht die Gefahr des Dilettantismus. Es kann soweit kommen, daß sie nach und nach auf den Stand der Bürgerwehren zurückfällt. Darüber helfen auch gewisse Äußerlichkeiten nicht hinweg. Im Gegenteil, sie täuschen etwas vor, daß in seinen Auswirkungen verhängnisvoll ist.

Hinzu kommt die demokratische Staatsform, in der der politische Machthaber von der Volksgunst abhängig ist. Dort, wo politische Bejähigung nach der Größe der Stimmenzahl beurteilt wird, besteht nicht allein die Gefahr, sondern es trifft auch tatsächlich ein, daß der Politiker in erster Linie zur Popularität hinneigt. Sich dem Volke genehm zu machen, ist deren höchste Staatskunst, das Dorado für Demagogen. Und so wird bei einem Volke, wie es das schweizerische ist, das im Vergleich zu den umgebenden Völkern sich einer seltenen und allgemein gehobenen Lebenshaltung erfreut, die Verweichlichung in allen Volkschichten weit größer sein als bei Völkern, die in einem harten Lebenskampfe stehen. —

Da das Primäre und Fundamentale in der militärischen Ausbildung die des Soldaten sein soll, d. h. diese Ausbildung die Entwicklung aller männlichen Tugend zur potenzierten Form anstreben muß, Abhärtung, Ertragung von Strapazen, absolute Unterordnung im Sinne der Einpassung in die Absicht und den Willen des Höchsten zum Zwecke höchster Gesamtleistung ohne jede Kräfteverschwendung, Vertrauen zu den Leistungen des Höheren, kameradschaftlicher Miteinsatz seiner vollen Kraft, Opferfreudigkeit, Einsatz der Ganzheit für die Allgemeinheit usw., so

ist es verständlich, daß bei kurzer Ausbildungszeit ein verweichlichtes Volk schwer den soldatischen Anforderungen gerecht werden kann.

Der pflichtgetreue, einsichtige Truppenführer und Lehrer wird rücksichtslos das verlangen, was soldatischem Genügen entsprechen soll. Gegen Wehleidigkeit wird er auftreten. Daß dabei auch einmal Mißgriffe möglich, ja unvermeidlich sind, darf nicht überraschen.

Der Politiker — es braucht nicht bloß der der Linksparteien zu sein, dessen Erfolg in der Aussnung der minderwertigen Qualitäten des Menschen liegt, von denen hier nicht geredet werden soll — auch der sogenannte bürgerliche, benutzt mit Vorliebe Vorkommnisse, die seiner Popularität nützen und im Endeffekt Stimmen gewinn nach sich ziehen. Er wird jedes kraftvolle Zugreifen des zielsichereren Truppenführers und Truppenlehrers verurteilen und die Wehleidigkeit, die in einem großen Teile des Volkes liegt, gutheißen. Die Folge davon ist, daß gerade der befähigte, verantwortungsbewußte, kraftvolle, sich dem Staate opfernde Soldatenerzieher immerwährenden Angriffen von außen (Presse-Politik *et c.*) ausgesetzt ist, während der in Summa wenig befähigte Truppenerzieher der beliebte Mann bleibt, der mit Leichtigkeit die höchsten Stellen erreichen kann.

Es ist daher verständlich, daß dieses zweite Moment, die politische Beeinflussung, auf den inneren Wert der Armee sehr schädlich wirken kann. Die Milizarmee wird wieder zur Bürgerwehr, deren Schale Vollwertiges vortäuscht, deren Kern aber faul und morsch dem ersten Ansturm erliegt und erliegen muß. —

Als unser späterer General Wille als Oberinstruktur der Kavallerie die faktische Überführung unserer Bürgerwehren zu einer geachteten Milizarmee einleitete und in Jahrzehntelanger genialer Weise sein Werk schuf, das 1914 als militärischer Wertfaktor im Auslande galt, da war sein Kampf ein solcher nach zwei Fronten. Ein Wille war dazu nötig, um diesen Kampf zu bestehen.

Auf den beiden Fronten war wohl der schwierigere Kampf derjenige, der gegen all die politischen Anfeindungen geführt werden mußte, die sich der Absicht entgeggestellt, den gemütlichen Bürgerwehrmann zum kraftvollen, flotten Soldaten umzuformen. Dies gilt selbstverständlich in noch weit höherem Maße für die Unteroffiziere und Offiziere, denen Wille erst den Wert ihrer Stellung schuf. Wer diese Seiten selbst miterlebte, kann sich einen kleinen Begriff von der großen Leistung dieses Mannes machen, der uns gerade heute wieder so bitter nötig wäre.

Daß der innere Abbau der Armee seit 1919 immer mehr um sich griff, ist wohl den Wenigen, die militärische Werte zu beurteilen fähig sind, schon lange klar geworden. Es wäre ein nutzloses, ja gefährliches Unternehmen gewesen, dies dem Volke schon früher plausibel zu machen, da die Urteilsfähigkeit auf diesem Gebiete nur Wenigen eigen ist und in der Demokratie das allein als wahr und richtig angesehen wird, wozu die Mehrzahl sich bekennt. — Heute, wo der Chef des eidgenössischen Militärdepartements eingestehen muß, daß ein militärischer Abbau besteht — selbstverständlich hier nur materiell gefaßt —, der mit 100 Millionen Schweizerfranken behoben werden kann, ist wohl auch der Moment gekommen, den qualitativen Abbau an Ausbildung und Führerbefähigung anzudeuten. Es liegt auf der Hand, daß diese Verluste nicht mit Schweizerfranken zu bewerten sind; sie gehen schon tiefer, an die Ehre der Nation!

H. Brüderlin.

Zehnjähriger Vertragsbruch in der Zonenfrage.

Meminisse juvat!

10 Jahre sind am 10. Oktober 1933 verflossen, seitdem die französische Regierung Poincarés entgegen den geschriebenen Verträgen den sogenannten „Gewaltakt“ in der Genfer Zonenfrage angekündigt und in Monatsfrist durchgeführt hat,

indem sie eigenmächtig die französische Zollgrenze an die Genfer Kantonsgrenze vorrückte. Die Schweiz hat gegen diesen Gewaltakt protestiert. Zwei Mal hat seither das internationale Schiedsgericht im Haag auf Verlangen der Schweiz ausdrücklich den schweizerischen Rechtsstandpunkt geschützt. Aber trotzdem ist auch heute noch, nach zehnjähriger Dauer dieses rechtswidrigen Zustandes, die französische Zolllinie unverändert, unter Mißachtung der Zonenverträge und der internationalen Schiedsgerichtsentscheidungen zugunsten der Schweiz, dicht an der Schweizer Grenze. Diese Tatsache darf heute festgenagelt werden, um zu beweisen, was die vielgerühmte „Heiligkeit der Verträge“ wert ist, sobald diese Verträge die Rechte eines Schwachen gegen einen Mächtigen schützen sollen!

Am 18. Februar 1923 hatte das Schweizer Volk mit überwältigender Mehrheit (410,000 Stimmen gegen 92,000) das sogenannte erste Zonenabkommen verworfen. Die vielumstrittene Bestimmung des Art. 435 des Versailler Vertrages sollte in diesem Abkommen eine Auslegung erfahren, die in kurzer Zeit die völlige Aufhebung der Genfer Freizonen und damit die völlige wirtschaftliche Abhängigkeit von Stadt und Kanton Genf von der Gnade seines mächtigen Nachbarn bedeutet hätte. Die Verlezung mehr als hundertjähriger vertraglicher Rechte der Schweiz wurde vom Schweizer Volk mit Recht als ein Eingriff in ihre Souveränität empfunden und daher, besonders auf Betreiben gutschweizerischer Genfer Kreise, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Das hinderte die Regierung des Herrn Poincaré jedoch nicht, kurz nach dieser machtvollen Kundgebung des Schweizervolkes dem Bundesrat die Zumutung zu machen, die verworfene Zonenregelung von sich aus, also unter Verfassungsverlezung, in Kraft zu setzen, ein Ansinnen, das immerhin sofort die gebührende Zurückweisung erfuhr. Entgegen den gewohnten Freundschaftszusicherungen, die unbedingt die Einhaltung der bestehenden Verträge und den Verhandlungsweg gewiesen hätten, schritt im Laufe desselben Jahres die französische Regierung zu der eigenmächtigen Verlegung der Zollgrenzen und führte die Ankündigung denn auch kurzerhand aus, indem sie Zollwachthäuser an die Schweizer Grenze stellte und seither so tut, als ob kein Rechtstitel daran etwas ändern könnte. Es ist notwendig, in heutiger, schnell vergessender, schnellebiger Zeit daran zu erinnern. Denn viele, besonders unter der jüngern Generation, wissen schon nichts mehr von diesem klaren Rechtsbruch unseres westlichen Nachbarn, gegen den sich in den Herbsttagen 1923 ein einmüttiger Ruf der Entrüstung in der ganzen Schweiz, bei deutsch und welsch, erhoben hat. Wer damals aber gesagt hätte, daß auch nach Ablauf voller zehn Jahre noch genau derselbe Tatbestand an der Genfer Zonengrenze bestünde, wäre als ungläubiger Zweifler an Recht und Gerechtigkeit hingestellt worden. Trotz seitherigen Schiedsverträgen mit Frankreich, die noch immer auf die parlamentarische Genehmigung des französischen Senates warten, und trotz neuem Schiedsabkommen und zweisachen Haager Schiedsentscheidungen zu unsern Gunsten, sind wir praktisch auf demselben Fleck wie damals. Die heute wieder aufgenommenen Verhandlungen, die der Ausführung des letzten Schiedsspruches dienen sollen, erbringen immer wieder von neuem den Beweis der Verschleppungsabsicht auf französischer Seite. Ein Ende ist auch heute noch nicht abzusehen, und das magere Endergebnis wird uns eine Lehre sein. Wann endlich wird ein Zeitalter kommen, wo auch der kleine Staat gegenüber dem Großen im Besitze seiner vertraglich garantierten Rechte geschützt wird? In der Genfer Zonenfrage hat die Schweiz bis jetzt eine Langmut und Geduld, trotz ihres guten Rechtes, an den Tag gelegt, die kaum noch übertroffen werden kann. Oder sollte es wahr sein, daß die Heiligkeit der Verträge nur ein anderes Wort für das angeblich überwundene Recht des Stärkeren ist?

Eugen Wildi.